

Die Menschen vor Ort abholen

Podiumsdiskussion mit Monika Lazar – Rechtsextremismus ist Gefahr für alle

Eichsfeld. (tlz/hn) Rund 50 000 Thüringer wählten laut Statistischem Landesamt bei der letzten Bundestagswahl die NPD. „Das ist eine erschreckend hohe Zahl“, sagt Michael Hoffmeier von den Eichsfelder Grünen dazu. Die Grünen hatten am Montag zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „Von den Dörfern in die Städte – Rechtsextreme auf dem Vormarsch?“ eingeladen. Im Podium saßen Monika Lazar (MdB) von den Grünen, Katja Fiebiger von der Mobilen Beratung in Thüringen (Mobit), Streetworker Vitali Welitschkin vom Jugendzentrum Leinefelde und Richter Henning Horstmeier aus Heiligenstadt vertreten. Erschienen waren etwa 25 Interessierte, die auch von weiter her angereist waren.

„Das größere Problem als

die Parteikader ist die latente Unterstützung von rechtsradikalem Gedankengut“, so Katja Fiebiger. Schaut man in den Thüringen Monitor, so stellt man fest, dass auf die Frage „ist Deutschland überfremdet“, über 50 Prozent der Befragten zustimmend geantwortet haben. Nach Meinung Hoffmeiers ebnet dies den NPD-Kadern oft den Weg in die Kommunalparlamente. „Wir haben Glück gehabt, dass sie im Eichsfeld noch nicht so weit sind, aber wir sollten uns darauf gut vorbereiten“, war aus dem Publikum zu hören.

Bernd Winkelmann, Vorsitzender der Eichsfelder Initiative für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie, sieht drei Einfallstore der Rechten in die Zivilgesellschaft, die es zu schließen gilt. Seine größte Sorge gilt der Jugend. Sie sei

am empfänglichsten für die einfachen Parolen der braunen Agitatoren. Danach kommt für ihn das Bürgertum. Viele stünden auf dem Standpunkt, dass die Rechten Recht hätten, würden das aber nie offen so zeigen. Zum Schluss erst sieht er die lokalen NPD-Kader als ein Problem. Sobald diese in der Öffentlichkeit tätig würden, formiere sich immer weitgehender Protest.

Übereinstimmend sagten alle auf dem Podium Vertretenen, dass das größte Problem das Verdrängen vieler politisch Verantwortlicher ist, die der Meinung seien, Wegschauen sei besser als auf die Straße zu gehen und die Rechtsextremen dort als antidemokratisch zu entlarven. Dass dieses Verhalten weit verbreitet ist, konnte man auch im letzten Sommer in

Heiligenstadt beobachten. „Das sei kein rühmliches Bild für Bürgermeister Beck gewesen“, sagte Hoffmeier. Horstmeier kann aus seiner Sicht als Amtsrichter sagen, dass viele Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund nicht als solche zur Anklage gebracht werden, sondern oft, gekleidet in andere, harmlosere Tatbestände, verhandelt werden.

„Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss geführt werden. Auch wenn es unbequem ist“, so Katja Fiebiger. „Es gibt keine feste Ursache dafür, und kein Allheilmittel dagegen“, schließt sich Lazar ihrer Meinung an. Mehr als aufzurufen, sich an Aktionen zu beteiligen, können sie jedoch auch nicht. „Jeder Einzelne ist gefordert. Für die Demokratie, für die Freiheit“, so Bernd Winkelmann.